

# Romkassische Post



Die Geschäftsstelle befindet sich in der Wohnung des Vorstehenden des B.-R. des Verb. d. Ironik. Deutschen, E. Tröbner: Tiflis, 2. Stabteil, Subaloffi-Strasse (frühere Malo-Sjudobraja) Nr. 11, I. Etage.

Erscheint demal wöchentlich:

am Mittwoch und am Sonnabend  
(vorläufig nur 1 mal wöchentlich am Sonnabend).

Geschäftsstunden: werktäglich von 9—11  
Uhr vorm. — Sprechstunde der Redak-  
tion: daselbst — werkt. von 6—7 Uhr  
abends.

Nr. 25.

Tiflis, Sonnabend, den 24. September 1921.

13. Jahrgang.

## Eine Abschiedsfeier in der Deutschen Gesandtschaft.

In der Deutschen Gesandtschaft für Georgien fand am 15. 9., abends, eine Abschiedsfeier statt, die unserer nach Deutschland zum Studium reisenden Jugend (gegen 40 Personen beiderlei Geschlechts) galt. In den vornehmlich mit reichem Blumen Schmuck versehenen und lichtdurchfluteten Sälen herrschte während mehrerer Stunden eine einzigartige, anfangs recht schüchterne, dann aber — bei gut besetzter Tafel und köstlicher Botsel — sich bis zu gedämpfter Lebhaftigkeit steigende Geselligkeit, wie sie eben noch im Kreise hoffnungsfreudiger Jünglinge und Jüngfrauen anzutreffen ist. Glückseligkeit in den Augen, ein fröhliches Lächeln um die Lippen, ein Zwitzern in den Zügen, ein Ueberiprudeln aus dem innerem Herzen heraus! Aber, die Zurückhaltung siegt, — kein überlautes Wort, keine lärmende Handlung! Nicht einmal der Versuch zu singen, einen „Kantus“ anzunehmen aus jugendlichen Kehlen! Alles Anstand, Sittsamkeit, Mäßigung. . . . Ernste Gespräche, voll Sachlichkeit, voll Verständnis. Gespräche mit dem freundlichen Hausherrn selbst! Der Herr Gesandte läßt seine Gruppe absteigen, an jede von ihnen wendet er sich in unauffälliger Weise, knüpft mit ihr eine Unterhaltung an, angepaßt deren Interessen, alle Erwägungen läßt er gelten, äußert seine abweichende Meinung, bewirkt diese, will aber niemand als Autorität sein, besseres Wissen aufzudecken, eine Befehdsheit, die entworfen, dabei eine Beherrschung des Stoffes, auf den es gerade ankommt, die überaus feinst, fasziniert! . . . . Leibliche und geistige Genüsse im bunten Durcheinander, die Jugend findet nicht die rechten Worte, um ihren Dank dem Herrn Minister auszudrücken! . . . . Zwischen durch — Reden, ernste, inhaltvolle Reden, herüber — hinüber! Die Begrüßungsrede des Gesandten ist natürlich das Wertvollste, was die Jugend an diesem Abend empfängt, sie ist ihr Talsman geworden, den sie auf die Reise ins neue Leben mitnehmen will. Der Herr Minister hat die Deutsche Gesandtschaft in Georgien als einen „Vorpost“ Deutschlands bezeichnet, so wie hier soll die Jugend sich auch „dort“ wie zu Hause fühlen, den Unterschied aber zwischen dem Vorpost und dem Inneren des Reichs, mit dem die deutsche Kultur- und Geisteswelt zu vergleichen sei, werde sie gar bald merken. Wie sich die Verhältnisse in Deutschland auch verändert haben mögen, infolge des Weltkriegs und seines für die Heimat so ungünstigen Ausgangs, eins siehe unabhängig die Möglichkeit des Werners. Zu lernen gebe es in Deutschland, insbesondere an den Hochschulen, noch wie vor zur Genüge, ja — übergenug, auf allen Gebieten des geistigen Schaffens und Rennens. Und sie würden lernen, sie, die berufenen Jünger der Wissenschaft, die hinausziehen, um Schätze zu sammeln, die sie entweder dort, im Kreise, wo ein Teil von ihnen sein Zu-Hause hat, oder hier, wo die anderen zu wirken berufen sind, zum Nutzen der Allgemeinheit zu verwenden beabsichtigt sein werden usw. Die Rede des Ministers schließt mit einem Hoch auf Deutschland, das von den Anwesenden mit Begeisterung dreimal wiederholt wird. Im Namen der Jugend dankt Steniosus Viktor Walker dem Gesandten für all' das Entgegenkommen, welches er ihr in ihrem Streben nach geistiger Bervollkommnung bis dahin gezeigt habe und wohl auch fernherhin zeigen werde. Er glaube mit Bestimmtheit sagen zu können, daß niemand in ihrer Mitte sei, der nicht den ersten Wunsch hegte, die Erwartungen des Herrn Gesandten nicht zu enttäuschen, vielmehr alle Kräfte, ungeachtet der großen Schwierigkeiten, die sie, wie

der Gesandte betont habe, noch zu überwinden haben würden, anzuspinnen, um das aus freien Stücken, nicht unter irgend einem Zwang, gesteckte Ziel zu erreichen. Redner schließt mit einem Hoch auf den Minister. — Im Namen der Lehrerschaft des Deutschen Realgymnasiums Tiflis, die auch im ganzen Bestande zur Abschiedsfeier geladen ist, und im Namen des Deutschen Nationalrats in Georgien, dessen Vorsitzender wegen Unpäßlichkeit nicht hat erscheinen können, hält Direktor Dipl.-Ing. M. Jaekel eine Rede, in welcher er sich hauptsächlich an die anwesenden Vertreter der deutschen Kolonien in Georgien wendet, die nach Abschluß ihrer Studien die Pflicht hätten, hierher zurückzukehren, um das Kontingent von Männern zu bilden, nach denen zurzeit der Ruf in allen deutschen Kolonien Georgiens laut erschalle, aber leider vergeblich, denn Männer, wie man sie eben brauche, gebe es keine, mit einigen wenigen Ausnahmen, die allein natürlich die auf sie gewälzte Arbeitslast und Verantwortung nicht tragen könnten und auch nicht tragen sollten. Redner schließt mit einem Hoch auf die deutschen Kolonien im Kaukasus. Die alte Erzkelin v. Dahn richtet sich gleichfalls an die Jugend, insofern, an die Schwabische, an seine Landsleute, die er aufzureden, nach Erlangung der erforderlichen Bildung hier auszusiedeln wie die Bienen und gleich diesen überall das Land mit dem süßen Honig ihres geistigen Schaffens zu besorgen u. s. w. Zum Schluß toastet derselbe Redner auf das Wohlergehen der Gemahlin des Herrn Ministers, die er deshalb ganz besonders hochschätze, weil sie einen Landmann von ihm, einen Schwaben, geheiratet habe. Er hoffe, daß die abreisenden jungen Damen ihrem Beispiel folgen und alleamt Schwaben heimführen werden. Mit diesem leuchtigen Ausblick in die Zukunft findet die Feier ihren Abschluß, welche allen Teilnehmern für immer im Gedächtnis bleiben wird.

## Neueste politische Nachrichten.

Deutschland. — Ein Projekt der sofortigen Aufhebung der wirtschaftlichen „Sanktionen“ im okkupierten Gebiet (Pfeinland) ist der englischen und der französischen Regierung von dem belgischen Außenminister Kaepar vorgelegt worden. Wie die „Agentur Reuters“ berichtet, lassen die diesbezüglichen Verhandlungen in London das Beste erhoffen. Man ist hier in maßgebenden Kreisen der Ansicht, daß nach Beseitigung einiger Schwierigkeiten, die durch die französische Auffassung von den Funktionen der kürzlich errichteten Kommission zur Kontrolle des deutschen Exports und Imports nach beginn. aus dem okkupierten Gebiet verursacht werden, die Lösung dieser die Wirtschaftslage Deutschlands so nachteilig beeinflussenden Frage in Bälde erfolgen werde. — Die französische Regierung machte der deutschen Regierung die Mitteilung, daß die sog. „Ruhr-Armee“, d. h. die französische Verhärkung, welche im Mai d. J. in das Ruhrgebiet gelangt wurde, zurückgezogen werde. Die deutsche Presse bemerkt hierzu, daß dieser Rückzug noch keine Wegs die Aufhebung der militärischen „Sanktionen“ überaupt bedeute. — Präsident Ebert sandte im Namen der deutschen Regierung und des deutschen Volkes den Präsidenten der mittelamerikanischen Republik San Salvador, Nicaragua, Guatemala und Honduras anlässlich ihrer Hundertjahrfeier der Selbständigkeits-Erklärung Glückwunschktelegramme, in denen er u. a. betonte, daß die freundschaftlichen Beziehungen zwischen den genannten Staaten und Deutsch-

land auch während des Weltkriegs ununterbrochen fortbestanden haben. — Die Berliner Börse wird im Oktober nur an 3 Tagen der Woche: Montag, Donnerstag und Freitag geöffnet sein. — Die deutsche Regierung hat in Erfüllung des Art. 238 des Versailleser Vertrages bis zum 31. August d. J. Belgien u. Frankreich insgesamt 16 481 Eisenbahnwagen ausgeliefert, von denen der größere Teil Belgien zukommt. — Der deutsche Kommissar Wiedenfeld ist am 13. d. Mts. in Moskau eingetroffen. — Die englische und ägyptische Regierung haben in die Entsendung einer deutschen diplomatischen Vertretung und eines Konsulatskorps nach Ägypten eingewilligt. — In Görlitz ist am 18. d. Mts. die Jahresversammlung der deutschen Sozialisten eröffnet worden. Der Vorsitzende Hermann Müller, ehemaliger Reichsfinanzler und Außenminister, griff in seiner Eröffnungsrede die Deutsch-Nationalen an, während er die Deutsche Volkspartei in Ruhe ließ. Dieser Umstand wird nun allgemein dahin gedeutet, daß Verhandlungen über Bildung eines Koalitions-Ministeriums (Rabniet) mit Einschluß dieser Partei vor sich gingen. Der Vorsitzende protestierte in weiteren Verlauf seiner Rede gegen die „wirtschaftlichen Sanktionen“, deren Schaden für die deutsche Volkswirtschaft kaum zu bemessen sei. Ein Vertreter der belgischen Sozialisten, der seit dem Ausbruch des Weltkriegs als erster Belgier dem deutschen Sozialistenkongress beizugewandt, wurde mit großem Enthusiasmus begrüßt. — Zum Vertreter Sower-Kußlands in Berlin ist Krejtinich ernannt worden.

Im Danziger Hafen wird ein amerikanisches Linienschiff nebst einem Torpedoboot erwartet. Polen. — Dem Beispiel General Hallers, der, wie nachträglich gemeldet wird, seinen Abschied wegen der Ernennung des französischen Generals Nessel zum Chef des polnischen Generalstabes genommen hat, ist eine ganze Reihe polnischer Offiziere gefolgt, die gleichfalls um Verabschiedung nachgesucht haben. — Die polnische Flotte hat sich um 3 Torpedoböote, die in Danzig aus England angekommen sind, vergrößert.

Ungarn. — Karl, dem ehemal. Kaiser Österreich-Ungarns u. gegenwärtigen Präsidenten auf den Königsthron in Ungarn, hat der Schweizer Bundesrat das Recht der Territorialität zugesprochen.

Frankreich. — Die Kammer und der Senat haben am 18. d. Mts. wieder zu tagen begonnen. England. — Das Londoner India-Departement berichtet über eine weitere Verschärfung der Lage im Malabar-Distrikt, dem Zentrum des Aufstands. — Zum engl. Botschafter in Paris ist Sir Percy Loraine, ehemaliges Mitglied der Friedenskonferenz von Versailles, bestimmt.

Japan und China haben ein Abkommen miteinander getroffen, auf Grund dessen die Schantung-Halbinsel an letzteres zurückfällt. Der Tientsiner Berichtshalter der „Daily Mail“ meldet, daß nach den Bedingungen des Abkommens China verpflichtet sei, Tiantau zu einem Freihafen zu machen, daß, ferner, die Schantung Eisenbahn zwischen Tiantau und Tsinan von beiden Vertragsmächten gemeinsam verwaltet werden solle und daß, schließlich, China die Rechte, welche Japan auf den früheren deutschen Besitz in Kiautschou nach dem Versailleser Vertrag zugesprochen, bedingungslos anerkenne.

### Vermischte Nachrichten

Die deutschen Verluste während des Weltkrieges (1914—1918) an Toten und Verwundeten belaufen sich nach endgültiger Feststellung auf 6 055 888 Mann, von denen auf erstere 180 845 entfielen.

Ein amerikanischer Dampfer mit 320 Deutschen, österreicher und rumänischen Kriegsgefangenen aus Ost-Sibirien an Bord ist in Schanghai eingetroffen.

Weltrekord eines deutschen Fliegers.— Ingenieur Martens hat mit ausgefalltem Motor 7800 Meter in 15 Min. 30 Sekunden erreicht, wobei der Höhenunterschied zwischen dem Start und der Landung nur 500 Meter betrug, ein noch nicht dagewesener Erfolg in der Luftschifffahrt.

Fahrt im Luftschiff über ganz Europa.— In Le-Bourget landete ein Flugzeug, das eine Tour um ganz Europa gemacht hat, nachdem es am 24. 8. von London aufgestiegen war. Es hat folgende Stationen besucht: Paris, Brüssel, Amsterdam, Brunn, Hamburg, Kopenhagen, Stockholm, Christiania, Berlin, Warschau, Prag, Wien, Venedig, Mailand, Genf, Marseille, Lyon u. Paris. Außer dem Flieger befanden sich im Flugzeug noch zwei Personen.

Heftige Stürme, Wolkenbrüche u. Ueberflutungen haben im Tale des Mississippi und im Süden des Staates Texas (Nordost) umgebenden Schoden angerichtet. Der größte Teil der Texas-Mexiko-Bahn ist weggeschwemmt worden. Aus dem Staate Montana (angrenzend an Kanada, also im Norden der Vereinigten Staaten) werden Schneestürme gemeldet. Die Stadt Georgetown auf den Tabago-Inseln ist durch einen Tornado (Wirbelsturm) vollständig zerstört worden. — In der Drajes-Kolonie (Süd-Afrika) sind durch einen Schneesturm 8000 Stück Vieh getötet worden.

Durch eine starke Explosion zerstört wurden die in der Nähe von Ludziansk befindlichen Nitrat\*)-Werke der badischen Anilin- und Sodafabrik in Oppau. Man nimmt an, das zuerst Gas- oder Spirituszylinder infolge von Unvorsichtigkeit explodierten und daß hierdurch die weitere Explosion verursacht wurde. Die ersten Berichte gaben die Zahl der Toten mit ca. 700 an, nach späteren Mitteilungen beläuft sich dieselbe auf höchstens 200—300, dafür ist aber die Zahl der Verwundeten größer, als es anfänglich hieß, nämlich gegen 2500! Erdbebenartige Erschütterungen — mit Klagen von Herztodesfällen — wurden in einer Entfernung von 3 Stunden von Ort der Katastrophe wahrgenommen, z. B. in Ludwigshafen, Mannheim, Heidelberg etc. Die Hospitäler sind überfüllt. Die Bevölkerung der ganzen Gegend ist von panischem Schrecken ergriffen. Die Schulen sind geschlossen. Die Telefonverbindung zwischen Mannheim und Heidelberg ist unterbrochen. Eine Hilfsaktion in großem Maßstabe hat sofort eingesetzt.

### Der „Schutz“ der deutschen Minderheit in Polen.

II.

Die Deutschen in Polen.

(Aus Nr. 86 des „Posener Tageblatts“ vom 9. Juni 1921).

Der Präsident der Republik Polen empfing am Montag in Bromberg die Vertreter der deutschen Organisationen im ehemals preussischen Teilgebiet und zwar die Herren Landrat a. D. Naumann und Oberleutnant Graebe (Deutschtumsbund, Landesvereinigung deutscher Schulvereine), Heißel, Hof (Kreisvereinigung Bromberg-Stadt), Superintendent Agmann (evangelische Gesellschaft), Jaesfer (Verband deutscher Kaufleute und Industrieller und Arbeitgeberverband), Kleinis (Verband deutscher Handwerker), Gagelmann (Zentralverband deutscher Landwirte), Falkenthal-Elapowo (Kreisbauernverein), Dr. Kaufmann (Zentralverband in Polen), Contag (Deutsche Presse), Dr. Dietz (freie Berufs).

Als Vertreter der gesamten deutschen Organisationen erbat und erhielt das Wort Herr Landrat a. D. Naumann, der sich an den Staatspräsidenten mit folgender Ansprache wandte:

„Herr Staatspräsident! Wir danken Ihnen, daß Sie

auch uns Deutsche des ehemals preussischen Teilgebietes in Audienz empfangen. Wir sehen darin den Beweis, daß Sie uns als gleichberechtigte Staatsbürger ansehen. Es ist ja nicht das erstmal, daß eine Abordnung der Deutschen aus unseren Landesstellen vor Ihnen erscheint. Es war vor etwa anderthalb Jahren, da hatte sich zu Ihnen, Herr Staatspräsident, eine Abordnung des Posener Deutschtumsbundes nach Warschau auf den Weg gemacht, um Ihnen unsere Lage zu schildern, die für uns sehr unerträglich geworden war. Die vom höchsten Gerechtigkeitsgefühl getragenen Worte, die Sie damals zu uns sprachen, ließen uns erhoffen, daß es besser für uns werden würde. Diese Hoffnung haben wir zu Grunde getragen, denn es ist nicht besser, sondern schlimmer geworden. Es zient uns nicht, die kurzen Minuten, die Sie uns schenken können, dazu zu nützen, um Ihnen Einzelklagen vorzubringen. Wir kommen auch nicht, um uns über einzelne Beamte oder einzelne Beordnungen zu beklagen, sondern unsere Klage richtet sich gegen das System, das diktiert erscheint von der Auffassung, daß wir noch immer als Feinde und Fremdlinge angesehen werden, die so schnell wie möglich aus dem Lande entfernt werden müssen. Eine traurige Auswirkung dieses Systems ist die Tatsache, daß mehr als 300 000 Deutsche in der verhältnismäßig kurzen Zeit das Land verlassen haben, um einer ungewissen Zukunft entgegenzugehen. Deutsche, die hier zum größten Teil heimatsrechtlich waren. Wir hatten geglaubt, der Friedensvertrag und der Minoritätenschutzvertrag hätten uns die Gewähr gegeben, hier als vollberechtigte Staatsbürger weiterleben zu können, aber die festen Stützen dieser hochbedeutungsvollen Akte haben sich als trügerisch erwiesen, die zweiseitigen Bestimmungen werden in ihr Gegenteil verkehrt, aus den für uns geschlossenen Sanctionsverträgen werden Waffen geschmiedet. Der Fürstentumgraph wird kurzerhand auf alle diejenigen angewandt, deren Vorfahren bereits reichsunmittelbaren Fürstentümern angehört haben. Die deutschen Arbeiter werden brotlos gemacht, wie denn kürzlich noch 50 deutsche Angehörige der Rawitsch-Uffzar Kleinbahn auf die Straße gesetzt worden sind. Die staatlichen Domänenpächter sind eine Kategorie von Deutschen für sich, für die die Sicherungen des Minoritätenchutzvertrages nicht gelten und die kurzfristig von Haus und Hof vertrieben werden unter Verletzung ihres Rechtes auf freie Verfügung über ihr eigenes Inventar. Auch die gesamten Ansiedler, eine nach vielen Jahrzehnten zahlende Bevölkerung, werden ihres Rechtes auf staatsbürgerlichen Schutz beraubt. Das für sie grundbuchlich festgestellte Erbsenrecht gilt nicht mehr. Sie dürfen ihre Spolde nicht an ihre Nachkommen vererben und müssen das Land verlassen. Auch der Kaufherr und der deutsche Handwerker darf sich nicht mehr seines Bestandes erfreuen. Wie gegen die einzelnen vorgegangen wird, so auch gegen die juristischen Personen. Die aus deutschstämmigen Bürgern des polnischen Staates zusammengesetzten Genossenschaften werden unter Zwangsverwaltung gestellt, aber ohne die Entscheidung über die Liquidierarbeit des Unternehmens abzuwarten, wird der Zwangsverwalter beauftragt, die Genossenschaft durch Aufnahme polnischer Mitglieder zu polonisieren. Sobald das geschehen ist, wird die Zwangsverwaltung aufgehoben, und so ist mit einem Schlage das nach Millionen zählende, in treuer Arbeit angesammelte Vermögen der Deutschen in die Hand der Polen hinübergeschickt. Ganz dasselbe geschieht bei den freien Vereinigungen. Unsere Schichten gelten haben. Privilegien der alten polnischen Könige in der Hand, die ihnen den Gebrauch der deutschen Sprache gewährleisteten. Durch Defekt der Behörden wird eine Ueberzahl polnischer Mitglieder hineinkommandiert, und so wird auch hier durch einen Federstrich das in einem Jahrhundert angesammelte Vermögen der Deutschen den Polen überantwortet. Und auch das höchste Kulturgut, dessen Pflege uns durch den Minoritätenchutzvertrag unumstößlich gesichert schien, wird uns genommen. Ungeachtet des grundbuchlich festgelegten Eigentums werden den deutsch-evangelischen Schulgemeinden Grundstücke entzogen. Dort, wo es keine polnisch-sachpolnischen Kinder gibt, denen sie überantwortet werden können, werden sie an Private, sogar an Christen übervermietet, nur um sie den Deutschen zu entwinden und die ordnungsmäßige Beschulung von Tausenden von Kindern unmöglich zu machen. Wir sollten doch mindestens nach dem Minoritätenchutzvertrage das Recht haben, für unsere Kinder Pädagogien einzurichten, aber auch dieses wird behindert. Denn befürdichteterweise

wird uns verwehrt, unsere Schulvereine, deren wir bedürfen, um Grundstücke für Schulzwecke zu erwerben oder mieten zu können, ins Vereinsregister einschreiben. Das uns auch Gebäude genommen werden, die von jeder zu gottesdienstlichen Handlungen benutzt wurden, lächerlich und besonders. Die Profanierung dieser Gebäude ist ein schwerer Schlag gegen alle Protestanten unter uns.

Als Grund für dieses Verhalten wird immer wieder angeführt, daß die Deutschen im Lande beabsichtigen, die Träger einer Präzedenza zu werden. In Namen aller Deutschen aus dem ganzen ehemals preussischen Teilgebiet lege ich feierliche Verwahrung ein gegen eine solche Unterstellung. Wir Deutschen sehen unseren Stolz, finden aber auch unser Genüge darin, daß wir durch unser Blut und durch unsere Kultur Ansehensbrüge der gesamten deutschen Volksgemeinschaft sind, ganz gleichgültig, in welches Land uns das Geschick gestellt hat. Das Recht auf die Pflege dieser Gemeinschaft darf uns niemand nehmen. Ganz unabhängig hiervon ist unsere staatsbürgerliche Zugehörigkeit. Die Geschichte hat es hundertfältig erwiesen, daß der Deutsche in jedem Staate, dem er angehört, gewillt und befähigt ist, seine Pflicht gegen den Staat rückhaltlos zu erfüllen. Auch hier haben wir Beispiele dafür gegeben. Ich darf erinnern an die Abfassung der pommerellischen Abgeordneten für den Senat. Unsere eigenen und unsere Parteinteressen geboten uns, gegen den Senat zu stimmen, aber bemußt haben die pommerellischen Abgeordneten bedenkenlos für den Senat gestimmt, weil es das Wohl des Staatswesens erforderte. Unser Staat ist auch heute noch nicht konsolidiert, er bedarf der Konsolidierung, nach außen und nach innen. Ich darf es ohne Ueberhebung sagen, daß unsere Mitarbeit im Innern auf Grund unserer Kenntnisse und unseres Willens zur Arbeit nicht entbehrt werden kann. Die Arbeitsfreudigkeit wird aber geklärt, wenn der Kaufherr und der Grundbesitzer genügend sein muß, morgen von der Seite seiner Arbeiter vertrieben zu werden. Und ebenso ist unsere Mitarbeit zur Konsolidierung nach außen geboten. Wenn täglich neue Hunderte das Land verlassen müssen, so wird drüben in der Deutschen Reichs eine Stimmung erzeugt und genährt, die der Verständigung zwischen Polen und Deutschen nicht förderlich sein kann. Diese Verständigung ist aber notwendig im Interesse des Friedens in Europa und im Interesse des Friedens der Welt.

Wir wissen, Herr Staatspräsident, daß wir auf die wohlwollendsten Darlegungen keine Antwort erwarten dürfen, es eine neue Art in der Politik anbricht. Und doch möchten wir aus dieser Audienz etwas Positives mit heim übernehmen, eine Verürgung für unsere Stammesgenossen, die uns Herber entzündet haben. Deshalb gestalten Sie uns eine Bitte: Lassen Sie uns den besten Ihrer Mitarbeiter zurück oder schicken Sie ihn uns her, daß er in uns alle die Dinge durchsage, die wir hier im großen Rahmen umrissen haben. Und dann sehen Sie sich an Grund des Innern unterbreiten Materials mit Ihrem ganzen Macht dafür ein, daß uns Hilfe werde, damit wenn wir wieder vor Ihnen stehen, nicht Klagen über unsere Lippen kommen, sondern daß wir Ihnen dann freudbewegten Herzens danken dürfen.“

Der Herr Staatspräsident antwortete darauf in polnischer Sprache. Die Übersetzung wurde durch den mitwirkenden Abgeordneten von Poznan, Herrn Dr. Celidowski in deutscher Sprache übermittelt. Die Ausführungen gelaften in folgenden Sätzen:

Es sei ihm nicht möglich, in diesem Augenblicke alle zur Sprache gebrachten Dinge des näheren Rede in Antwort zu geben. Die Deutschen dürften aber versichert sein, daß er ihren Wünschen und Klagen volles Verständnis entgegenbringen, getragen von dem Wunsche, der Gerechtigkeit literall Geltung zu verschaffen. Er freue sich, im Mund zu Mund über die Lage und über die Wünsche der deutschen Bevölkerung unterrichtet worden zu sein, er werde gern alles tun, diesen Klagen Geltung zu verschaffen. Die Macht dazu sei ja nicht in seiner Hand verort. Wir hätten als geschiedene Ad'prischaff den Senat in erster Linie berufen sei, die Gesetzgebung und Innenpolitik in dem neuen Staatswesen maßgebend zu stimmen. Aber gern wolle er einen Vertreter damit auftragen, unsere Wünsche und Beschwerden des näheren zu prüfen, und wolle das Ergebnis dieser Prüfung an die zuständigen Stellen zu entsprechender Verwendung weiterleiten.

(Fortsetzung folgt.)

\*) Nitrat = salpetersaures Salz. — D. Schrifl.

### Kolonistenvereine in Deutschland u. andere.

Herr Th. Hummel schreibt uns aus Berlin unter dem 21. 8. 21:

„Hier in Deutschland bestehen 5 Kolonistenvereine: 1) der Verein der Wolga-Deutschen, 2) der Verein der Schwarzmeer-Deutschen, 3) der Verein der Kaukasus-Deutschen, 4) der Verein der Wolghynier und 5) der Verein der Nordrussischen Deutschen. Sie haben sich in einem „Zentralkomitee der Vereine aus den Kolonistengebieten Rußlands“ (Potsdamerstr. 22 IV) zusammengeschlossen. Jeder der Vereine hat einen Vertreter im Zentralkomitee. Die Wolga-Deutschen sind vertreten durch Pastor Schleuning, der zugleich 1. Vorsitzender ist, die Schwarzmeer-Deutschen durch Lehrer Weiß, die Kaukasus-Deutschen durch mich (ich bin zugleich 2. Vorsitzender), die Wolghynier durch Pastor Rink! und die Nordrussischen Deutschen durch Bankdirektor Niedermeyer. Das Zentralkomitee hält allwöchentlich eine ordentliche Sitzung, in letzter Zeit aber noch 2-3 außerordentliche Sitzungen ab. Ziel und Zweck der Vereinigung ist, eine gemeinschaftliche Hilfsaktion in die Wege zu leiten, die in Deutschland befindlichen mittellosen Flüchtlinge (schon Hunderttausende) zu unterstützen und die Vorarbeiten zum Wiederaufbau der Kolonien, soweit es die Verhältnisse gestatten, zu machen. In Amerika sind jetzt bereits 2 Vertreter der Wolga-Deutschen und 1 Vertreter der Wolghynier, zwecks Veranlassung von Sammlungen, die, nebst bei bemerkt, Erfolg haben. Pastor Schleuning fährt in 2-3 Wochen ebenfalls nach Amerika. Auch Pastor Rink und Lehrer Weiß fahren dorthin, sobald sie die Einreiseerlaubnis bekommen. Zur Einsetzung eines Vertreters unserer Gruppe zu dem nächsten Zweck dürfte vorerst keine Veranlassung vorliegen. Hier in Deutschland sollen in nächster Zeit ebenfalls Sammlungen veranstaltet werden. Die nötigen Schritte hierzu sind schon getan. — Am größten ist die Not in den Wolga-Kolonien. Die Nachrichten von dort klingen geradezu erschütternd. Viele Kolonien sind von ihren Bewohnern verlassen. Alles sieht aus, um Brot zu suchen. Einigen Familien ist es gelungen, sich auf ihren eigenen Wagen nach Nordamerikaner Reise bis nach Deutschland durchzuschlagen. Es sollen bald vorgekommen sein, daß Eltern ihre Kinder in der Wolga ertränkten oder an Perfor veräußerten, um nicht mitansetzen zu müssen, wie sie Hungers starben.“

„Zugleich des Deutschen Realgymnasiums Tiflis habe ich mich mit Herrn E. Bernheim, der, wie Ihnen bekannt sein dürfte, von der Gymnasial-Kommission beauftragt worden war, hier gewisse Schritte zu unternehmen, in Verbindung. Wir haben bei den zuständigen Behörden eine gemeinschaftliche Eingabe gemacht, und zwar betrifft nicht nur des Realgymnasiums, sondern auch des Selensendorfer Gymnasiums. Die Angelegenheit ist soweit gediehen, daß die angeforderten 3 Lehrer für Tiflis und 2 für Selensdorf auf Kosten dieser Organisationen noch dort einfinden und auch besoldet werden sollen. Ich habe diesbezüglich an die Herren Jaekel und Belsky geschrieben und ermahne von ihnen auf meine Fragen Antwort, nach Erhalt welcher ich die Angelegenheit zum Abschluß zu bringen hoffe.“ Lehrer finden sich hier, soweit man braucht, sowohl für obige Schulen als auch für Volksschulen. Ich bekomme in letzter Zeit täglich Anfragen von Lehrern, die bereit wären, an unseren vorliegenden Schulen zu arbeiten...“

### Die Genossenschaftspolitik der Sowjetregierung.

II.  
—y—. Die russische Revolution, insbesondere der Umsturz im Oktober 1917, welcher die Bolschewisten an das Staatsruder brachte, sollte und mußte auch für das Genossenschaftswesen von tiefgreifender Bedeutung werden. Infolge der Nationalisierung des Handels und der Einführung des Staatsmonopols auf fast alle Produkte der Landwirtschaft verlieren die Genossenschaften jede Möglichkeit einer Betätigung. Die Beschaffung der Verpfle-

\*) Die an früheren gerichteten Anfragen sind diesbezüglich bereits erledigt worden; was letzteren anlangt, so sind wir hierüber nicht unterrichtet. — D. Red.

gungsmittel geschieht auf dem Wege der zwangsweisen Verteilung (Repartition) und wird von der Sowjetregierung besonderer staatlichen Verpflegungsgesellschaften übertragen. Von allen Genossenschaften erwidern die Konsumgenossenschaften das meiste Interesse der Sowjetregierung. Ihr altbewährter technischer Apparat soll zur Warenverteilung ausgenutzt werden. Die Konsumgenossenschaften werden daher dem Verpflegungsapparat unterstellt. Sie verlieren ihr Selbstverwaltungsrecht, sowie den freiwilligen Charakter der Mitgliedschaft. Diese Umwandlung geschieht allmählich.

Ein Dekret vom 12. IV. 1918 ordnet für jeden Bezirk einen Arbeiterkonsumverein und einen bürgerlichen Konsumverein an. Dieselben werden der Kontrolle des obersten Volkswirtschaftsrats unterstellt. Durch das Dekret vom 20. III. 1919 werden die Konsumgenossenschaften in die sogenannten Konsumgenossenschaften, welche bald den Namen „Einheitskonsumverein“ (единое потребителное общество—ЕПО) erhalten, müssen die ganze Bevölkerung einer jeden Stadt oder eines ländlichen Bezirkes umfassen. Ein jeder Bürger ist verpflichtet, einem solchen Konsumverein beizutreten. Die Grundlage dieser Einheitskonsumvereine sollen in der Stadt die Arbeiterkonsumgenossenschaften, wo diese fehlen, aber die bürgerlichen Konsumvereine bilden; im Dorfe dienen zu diesem Zweck die Dorfkonsumgenossenschaften oder sonstige landwirtschaftliche Genossenschaften. Bewaltet werden dieselben von ernannten Personen, deren Aufgabe es unter anderem ist, den Einfluß der kommunistischen Partei in den Genossenschaften zu festigen. — Am 27. I. 1920 wird ein Dekret erlassen, welches das selbständige Bestehen der Zentren der Kredit-, Gewerbe- und landwirtschaftlichen Genossenschaften aufhebt. Dieselben werden dem Zentralverband der Konsumgenossenschaften mit den Rechten einer Sektion einverleibt. Diese Reorganisation geschieht unter der Aufsicht und Leitung eines zu diesem Zweck geschaffenen Hauptkomitees für genossenschaftliche Angelegenheiten.

Alle bisherigen oder vorgeschriebenen Maßnahmen werden vom IX. Kongreß der Russischen Kommunistischen Partei (III. 1920) gut geheißen. Derselbe empfiehlt die energische Fortsetzung der bisherigen Politik, um die endgültige Festigung der leitenden Bedeutung der kommunistischen Partei in allen Organisationen der Genossenschaften und Verwandlung des Genossenschaftswesens „aus einer engen Form der Vereinigung einzelner privatisierter Bevölkerungsgruppen in neue Genossenschaftsformen, die den wirtschaftlichen und politischen Bedingungen der Diktatur des Proletariats entsprechen und in Zukunft der Organisation der Verpflegung der Bevölkerung nach kommunistischen Prinzipien als Grundlage dienen können“.

Zum Beginn des Jahres 1921 kann diese Reorganisation als vollendet betrachtet werden. Die Genossenschaften hatten, wie schon gesagt, ihr früheres Antlitz und auch das Wesen ganz verändert. Aus freien gesellschaftlichen Vereinigungen mit Selbstverwaltung waren sie zu einer Art staatlicher Institutionen geworden, denen jeder Bürger zwangsweise angehören mußte.

Doch bald sollte eine neue Veränderung eintreten. (Fortsetzung folgt.)

### Letlands Wirtschaftslage.

IV.

#### Landwirtschaft.

Die Lage der Landwirtschaft ist in diesem Jahre allerdings weit besser als im vergangenen; jedoch hat sie noch lange nicht die erforderliche und durchaus mögliche Höhe erreicht, wie es in einem Agrarstaat wie Lettland eigentlich zu erwarten wäre. Auch ist man vorläufig mehr mit dem Abstoßen der Güter, als mit produktiver Landarbeit beschäftigt. Die Folgen des unglücklichen Agrarjahres machen sich überall bemerkbar. Die mit der Verwaltung der enteigneten Güter betrauten Regierungsbeamten haben nur das Mißtrauen der Landbevölkerung genenkt, die überhaupt der Agrarreform sehr skeptisch gegenübersteht.

Zu besonders schwerer Lage befinden sich die ehemaligen Knechte der aufgeteigten Güter, die jetzt obdachlos und aller Mittel bar dastehen. Man hört jetzt auf dem Lande oft die Ausrufung der gewesenen Gutsknechte, daß

sie vor der Agrarreform wenigstens satt gewesen sind. Ein großer Teil der in den Städten dachenden Intelligenz hat sich für die 5-6 Monate der Sommerferien aufs Land verborgen, wo sie sich als Knechte und Mägde betätigen. Die von manchen Knechten für die Sommerferien geforderten und von den lettischen Landwirten anstandslos gezahlten Löhne schwanken zwischen 40-60 000 lettischen Rubeln und Sicherstellung für den Winter durch Getreide, Kartoffeln, Hülsenfrüchte, Fleisch usw.

V.

#### Verkehrswesen.

Auch das Verkehrswesen läßt noch viel zu wünschen übrig. Auf der Eisenbahn macht sich immer noch ein harter Mangel an rollendem Material bemerkbar. Aber doch merkt man die Bestrebungen des Verkehrsministeriums, das Verkehrswesen tüchtlich auf die Höhe zu bringen, und wenn dies bis jetzt noch nicht gelungen ist, so tragen hauptsächlich die zu knappen Geldmittel die Schuld. Auch die Feuerungsfrage der Eisenbahnen ist sehr ernst, da fast ein Drittel des gesamten jährlichen Holzwachses in Lettland von den Eisenbahnen verschlungen wird, von der verletzlichen Schwierigkeiten und Nachteilen der Holzfeuerung ganz zu schweigen. Alle vorliegenden Elektrifizierungspläne der lettischen Eisenbahnen scheitern wiederum am Geldmangel. Post und Telegraph funktionieren normal.

VI.

#### Ein Versuch zur Aufbesserung der wirtschaftl. Lage.

Um die allgemeine wirtschaftliche Lage Lettlands aufzubessern und regere Handelsbeziehungen mit dem Westen anzubahnen, soll in Riga vom 31. Juli bis zum 28. August d. J. eine internationale landwirtschaftliche und Industrieausstellung stattfinden\*), für die sich eine besondere Aktiengesellschaft „Jūliads“ (d. h. Ausstellung) gebildet hat. Die Interessensvertretung der Ausstellung hat die Rigaer Spektationsfirma Schenker u. Ko. übernommen. Die interessierten Kreise versprechen sich von der Ausstellung einen in jeder Beziehung glänzenden Erfolg. Die anderen versichern sich jedoch noch abwartend. Um nach Möglichkeit viel Aussteller aus Deutschland heranzuziehen, ist für die deutschen Aussteller eine Ermäßigung der Platzpreise um 50% vorgesehen. Allerdings ist der Termin der Rigaer Ausstellung sehr ungünstig, da er teilweise mit dem Termin der kommenden großen deutschen Dünemörsen in Königsberg (vom 14.-19. August) zusammenfällt und selbstverständlich die meisten Kaufleute dorthin gehen werden. Auch auf eine eventuelle Beteiligung Räte-Rußlands sollte man nicht zu sehr bauen.

VII.

#### Schlußbetrachtung.

Kurz: die wirtschaftliche Lage Lettlands ist sehr ernst. Es fehlt an produktiver Arbeit und Arbeitsmöglichkeiten. Solange die Regierung nicht von Grund auf die Richtlinien ihrer Wirtschaftspolitik ändert und solange nicht der privaten Initiative völlig freier Lauf gewährt und der dem Lande so notwendige Freihandel eingeführt wird, solange noch das parteipolitische Experimentieren am Staatskörper vor sich geht, kann von einer Gesundung der wirtschaftlichen Lage Lettlands keine Rede sein.

E. R.

### Aus unseren Kolonien.

Selensdorf, d. 13. August 21.

Unter obigen Datum\*\*) wird uns von geschätzter Seite aus genannter Kolonie unter anderem folgendes geschrieben:

„In der Zeit vom 25. Juli bis zum 6. August d. J. wurden hier Ferienkurse für die deutsche Leh-

\*) Sie hat tatsächlich stattgefunden, doch wie der Erfolg der Ausstellung war, darüber sind uns bisher keine Mitteilungen zugegangen. — D. Red.

\*\*) In einer Nachschrift vom 20. 8. 21. heißt es: „Die Gelegenheit, diesen Brief an Ihre Adresse gelangen zu lassen, bot sich leider viel später, als ich dachte und als der Sache dienlich; durch die Post wäre er jedoch noch später oder garnicht an sein Ziel gelangt.“

verschaft in Adserbeidjan abgehalten, welchen sich eine Konferenz über verschiedene durch die neue Ordnung hervorgerufene Schulfragen anschloß. Auf dieser Konferenz waren fast alle adserbeidjanischen Kolonien vertreten, und machte ich die Lehrer derselben bei dieser Gelegenheit mit dem Gedanken Ihres Schreibens vom 24. vorigen Monats bekannt. Alle Lehrer erklärten sich gern bereit, zur Verbreitung der „R. P.“ das Nötige beizutragen. — Nach der Vorarbeit dieser Herren wurde die Frage über Beibehaltung der „R. P.“ auf der Delegiertenversammlung des „Verbandes der Winzer“, welche vor kurzem hier stattfand, einstimmig in dem Sinne entschieden, daß der Verband die Kosten des Bezuges der „R. P.“ übernimmt und die Zeitung jedem Mitgliede des Verbandes kostenlos, wie früher, zugestellt werden soll. — Damit wäre nun die Sache der Wiederverbreitung der „R. P.“ in den adserbeidjanischen Kolonien ins richtige Geleise gebracht, und wenn inzwischen die Erlaubnis unserer Regierung, d. h. der Regierung der „A. S. S. R.“ (Adserbeidjaner Sozialistischen Sowjet-Republik), zur Einfuhr der „R. P.“ nach Adserbeidjan eingetroffen sein sollte, so steht der Zufassung und dem Versand der Zeitung im Lande kein Hindernis mehr im Wege. Die Zufassung wird wohl am besten in der von Ihnen vorgeschlagenen Weise (private Vermittlung) zu bewerkstelligen sein, denn der heutige Postverkehr ist für die Beförderung einer Zeitung nicht recht geeignet. ... \*) — Das Interesse für die „R. P.“ ist hier gegenwärtig größer denn je, und alle, welche vom Wiedererstehen derselben hören, begrüßen diese Nachricht mit Freuden. Möge daher die „R. P.“ recht bald als gern gesehener Gast ihre regelmäßigen Besuche bei uns beginnen und unseren Kolonisten die nötige Aufklärung aus Welt und Zeit bringen. Die „Habege“ (Gelenendorfer Berichterstatter-Gruppe) wird sich inzwischen wahrscheinlich ihrer Aufgabe wieder erinnern und hoffentlich in Zukunft eine regere Tätigkeit als früher entwickeln! ...“

**Elisabethal.**

In Ergänzung des Berichts über das 50jährige Kirchweihfest in der vorigen Nummer sei hier noch folgendes mitgeteilt: Mit den zurückgebliebenen Gästen aus Tiflis und Katharinenfeld, von wo eine größere Anzahl von ganzen Familien zur Kirchweih herübergekommen war, wurde am Montag (12. 9.) ein Picnic in die „Hölle“ veranstaltet. Dabei beschäftigte man die Weingärten, die mit ihrem ungemein großen und zahlreichen Trauben einen noch nie dagewesenen Herbst versprechen. In der „Hölle“ verbrachte man die Zeit bei reichlicher Mägung und Tränkung sehr animiert. Viel wurde geredet von Verbrüderung der beiden Kolonien, und deutsche Lieder erklangen ohne Ende. In der Dämmerung fuhr man mit den besten Einbrücken zurück. — Was die Ernte anbelangt, so gab es sehr wenig Weizen und eine nur mittlere Kartoffelernte, dagegen ist der Wein nicht nur quantitativ, wie schon bemerkt, sondern auch qualitativ vorzüglich geblieben. — In der Kolonie herrscht viel Krankheit (Typhus, Malaria etc.); die Zahl der Toten ist infolgedessen während der letzten vier Monate eine außerordentlich große gewesen, u. d. wenn wir mit dem Glend erst schon durch wären! — Dieser Umstand u. d. noch manch' anderer Mißstand lassen bei der Mehrzahl der Bürger keine rechte Stimmung aufkommen, jedenfalls fehlt kaum jemand in unserer Mitte mit Freude auf die Zukunft. Das Kirchweihfest und der Ausflug in die „Hölle“ bildeten bloß eine vorübergehende Aufbesserung des Gemüths, im allgemeinen ist Grau der Grundton des Bildes, das unserem geistigen Auge gegenwärtig vorzwehbt. Doch —

\*) Ueber Erteilung der Einfuhrerlaubnis für die „R. P.“ seitens der adserbeidjan. Regierung ist uns bisher keine bestimmte Mitteilung zugegangen. Doch haben wir Grund genug zur Annahme, daß durch die Anwesenheit des Deutschen Gesandten für Georgien, Herrn Ulrich Naujers, in Waku die Angelegenheit bereits einen befriedigenden Abschluß gefunden hat und wir daher bald in der Lage sein werden, die „R. P.“ auch wieder den Kolonien in Adserbeidjan zugehen zu lassen, was zugleich eine teilweise Entlastung der Kolonien in Georgien bedeuten würde. — Die Redaktion.

wogu hierüber noch reden?! Der Augen hat, zu sehen, der Ohren hat, zu hören, der Höre!

**X.**

**Alexandersdorf.**

Am 23. s. hat unsere Mitbürgerin Magdalena Flad, geb. Schmidt, nachdem sie das seltene Alter von 88 Jahren erreicht, das Zeitliche gesegnet. Sie war aber nicht nur hinsichtlich ihres so langen Lebens von Gott gesegnet, sondern vielmehr noch hinsichtlich ihres außerordentlich starken Nachwuchses, der großen Zahl von Enkeln und Enkelkinder, die sich im Moment ihres Todes auf 234, sage und schreibe: zweihundertvierunddreißig, belief, entpflanzten den Ehen ihrer 7 Söhne und 5 Töchter! Mit Recht kann man daher sagen: Zu den leidtragenden Hinterbliebenen gehört halb Alexanderdorf, denn zur mindestens die Hälfte der hiesigen deutschen Bevölkerung war mit ihr verwandt. Nach 41jähriger glücklicher Ehe war ihr Gatte, Christian Flad, gestorben und nun eine Witwenzeit gefolgt, die auch ihresgleichen nicht zu oft findet: volle 30 Jahre! Trotz eines ersten Zusiebens, das dem alten Mütterchen des Berufs nicht selten schon zu viel bereitete, war es eine liebevolle Großmutter und Urgroßmutter, auf deren Knien die Enkel und dann die Enkelkinder stets eine freundige Statt fanden, wie denn überhaupt die alte Frau ein warm empfindendes Herz für alle Mitwelt hatte und es an Wohlthaten nicht hat fehlen lassen. Unter regler Beteiligung der Gemeinde und unter Begleitung des Sängerkorps wurde ihre irdische Hülle zu Grabe getragen, Hise zur Asche, Staub zum Staube. Aber ihr Andenken wird fortleben von Generation zu Generation. Ruhe sanft! Schlafe wohl, Du liebes Mütterchen!

**Decreit № 71**

(v. 7. 9. 21)

des Revolutions-Komitees der Sozialistischen Sowjet-Republik Georgien, betr. die Naturalsteuer auf Kartoffeln und Gemüse.

1. Das Revolutions-Komitee der S. S. R. Georgien verfügt, eine Natural-Verpflegungsteuer auf Kartoffeln und Produkte des Gemüsebaus, d. h. Gemüse, einzuführen.
2. Mit der Kartoffelsteuer werden alle Wirtschaften belegt, welche Kartoffeln treiben.
3. Die Höhe der Kartoffelabgabe wird berechnet nach der Fläche der Kartoffelanpflanzung und zwar nach Maßgabe der Ernte in der betreffenden Gegend, weshalb 4 (vier) Ernte-Kategorien festgesetzt werden.
4. Die Höhe der Kartoffelsteuer werden pro Dessjatine Kartoffelanpflanzung wie folgt bestimmt: Bei einer Ernte bis zu 300 Pud = 25 Pud, bei einer solchen von 301—400 Pud = 35 Pud, bei einer Ernte von 401—500 Pud = 45 Pud und bei einer solchen von 500 und mehr Pud = 60 Pud.
5. Dem Volkskommissariat für Verpflegung steht das Recht zu, in gewissen Gegenden die Kartoffeln durch Gemüse, Wurzelknollenfrüchte, Getreide und Gräser zu ersetzen nach folgender Berechnung: Statt eines Puds Kartoffeln wird eines der nachstehend genannten Produkte in der bezeichneter Menge abgeliefert: Zwiebeln 7 1/2 Pfund, Knoblauch 6 Pfund, Kohl 1 Pud 13 1/2 Pfund, Kürbisse 37 1/2 Pfund, rote Rüben (Beeten) 15, Weizen 10, Mais 20, Gerste oder Hafer 12 1/2, Bienenforten („Bom“) oder Hirse 12 1/2, und Bohnen („Kobio“) 6 Pfund.
6. Nach Klarstellung der tatsächlichen Aussichten auf die Kartoffelernte bestimmt das Volkskommissariat für Verpflegung zusammen mit dem Volkskommissariat für Landwirtschaft und dem Zentralamt für Statistik für jeden Rayon der Republik die entsprechende Ernte-Kategorie, gemäß der oben angeführten Tabelle.
7. Mit der Gemüsesteuer werden die Gemüse- und Batjscha\*)-Wirtschaften belegt, einerlei wo sie sich befinden, d. h. ob in Dörfern, Städten oder sonstwo.

\*) B. (tatarisch) bedeutet ein Gemüsfeld, weist in der Steppe, mit Aubusen, Melonen, Kürbissen, Sonnenblumen, Lauch etc. — D. Seyfil.

8. Die Höhe der Gemüsesteuer wird nach der in der Wirtschaft unter allerart Gemüse befindlichen Fläche berechnet, weshalb 5 (fünf) Gruppen von Wirtschaften festgesetzt werden entsprechend dem Flächenraum und der Belegenheit der Wirtschaft.

9. Die Höhe der Gemüsesteuer werden pro Dessjatine, mit Umrechnung aller Gemüsejorten gegen Kohl, wie folgt festgesetzt: I. Auf dem flachen Lande befindliche Wirtschaften mit einem Flächenraum von mehr als 1/2 Dessj. und bis 1/4 Dessj. (einschließlich) zahlen von der Dessjatine 40 Pud Kohl. II. Dergleichen Wirtschaften mit einem Flächenraum von mehr als 1/4 Dessj. und bis 1/8 Dessj. (einschließlich) zahlen 60 Pud Kohl (von der Dessjatine). III. Dergleichen Wirtschaften mit einem Flächenraum von mehr als 1/8 Dessj. zahlen 90 Pud Kohl (von der Dessjatine). IV. Im Umkreise von Städten belegene und städtische Wirtschaften mit einem Flächenraum von mehr als 1/4 Dessj. und bis zu 1/8 Dessj. (einschließlich) zahlen 80 Pud Kohl (von der Dessjatine). V. Dergleichen Wirtschaften mit einem Flächenraum von mehr als 1/8 Dessj. zahlen 120 Pud Kohl (von der Dessjatine).

10. Wirtschaften mit einem Flächenraum bis zu 1/8 Dessj. (einschließlich) werden von der Gemüsesteuer befreit.

11. Dem Volkskommissariat für Verpflegung wird es freigestellt, in gewissen Gegenden den Gemüsesteuerzahlern das Recht einzuräumen, statt des Kohls andere Gemüse und Wurzelknollenfrüchte abzuliefern, und zwar nach folgender Berechnung: Statt eines Puds Kohl wird eines der nachstehend angeführten Produkte in folgender Menge entrichtet: rote Rüben (Beeten) 20 Pfund, Kartoffeln 30, Knobis 8, Zwiebeln 10, Kürbis 50 und Knoblauch 8 Pfd.

12. Dem Volkskommissariat für Verpflegung steht es frei, in gewissen Gegenden die Gemüsesteuer in der einen oder anderen bestimmten Sorte Gemüse oder Wurzelknollenfrucht nach der im vorigen Punkte angezeigten Berechnung zu verlangen.

13. Zur Festsetzung des Umfangs der Abgabe von jeder Wirtschaft in Kartoffeln bezw. in Gemüse werden die pro Dessjatine berechneten Steuerhöhen sowie Mal vergrößert oder verringert, als Dessjatinen, oder Teile solcher vollen Dessjatinen, in den zu besteuerten Flächen der betreffenden Wirtschaft enthalten sind.

14. Der Umfang der Kartoffel- und Gemüseabgabe wird für jede Wirtschaft auf einzelnen von den „Kreis-Naturalsteuerkommissionen“ bestimmt, die im Dekret über die Naturalsteuer auf Getreide vorgehoben sind.

15. Die Steuerzahler sind verpflichtet, das Gemüse und die Kartoffeln nach Maßgabe der Masseneinhebung der Ernte abzuliefern. Die Teilstrafen der Ablieferung werden vom Volkskommissariat für Verpflegung bestimmt, aber nicht später als auf den 1. Dezember 1921.

16. Die von den Steuerzahlern zu empfangenden Produkte müssen von guter Qualität sein, und sollen jene diejenigen den Empfangsstationen: Verpflegungskontoren, Kooperativlagern etc. mit eigenen Mitteln zuhellen.

17. Die Durchführung vorstehenden Dekrets liegt dem Volkskommissariat für Verpflegung ob, das zugleich berechtigt sein soll, notwendige Verfügungen, Erklärungen und Instruktionen von sich aus zu erlassen bezw. zu geben.

18. Bürger, die die Abgabe nicht im Termin geleistet haben, desgleichen die, welchen falsche Angaben im Zusammenhang mit der Steuererhebung nachgewiesen werden, unterliegen persönlicher und vermögensrechtlicher Bewandlung mit Verwaltungsverträgen.

19. Obgleich dieses Dekret tritt mit dem Tage seiner Veröffentlichung in Kraft.

Herausgeber: Der Z. B. des Verbandes der transk. Deutschen. — Für die Redaktion verantwortlich: Cand. jur. Alexander Jusajeff, im Auftrage des Redaktionskomitees.

Zu verkaufen: Welt-Preße mit Stahlspindel zum Auspressen von Kartoffeln, ebenso eine Hobelbank. Weltstrijahestjaja-Strasse 68, D. Nr. 3.